



Gabriela Heinrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227-75844

 (030) 227-76844

gabriela.heinrich@bundestag.de

05.02.2016

Weibliche Genitalverstümmelung noch immer weit verbreitet – auch in Europa

Der Internationale Tag der Nulltoleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar erinnert uns daran, dass weibliche Genitalverstümmelung nicht nur in Afrika verbreitet ist. Durch Migration ist diese menschenrechtsverletzende Praxis längst auch in Deutschland angekommen. Es müssen alte und neue Wege beschritten werden, um Mädchen vor dieser grausamen Verstümmelung zu schützen.

Gabriela Heinrich, stellvertretende menschenrechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und zuständige Berichterstatterin für Frauenrechte:

„Noch immer gibt es abertausende Mädchen, denen durch eine Exzision die Klitoris und/oder die Schamlippen entfernt werden, oder denen durch eine Infibulation die Vaginalöffnung durch Vernähen verengt wird. Exzisionen und Infibulationen ohne medizinische Gründe stellen eine Menschenrechtsverletzung dar, die durch kulturelle oder religiöse Traditionen nicht entschuldigt werden kann.“

Gesetzesänderungen reichen oft nicht aus, da solche Menschenrechtsverletzungen im privaten Bereich geschehen. Wir müssen in den Köpfen der Menschen ansetzen, um die Praktiken wirklich zu ächten. Die deutsche Entwicklungspolitik hat erste Erfolge in Afrika erzielt: Durch Aufklärung, Sensibilisierung und Dialog zieht sich der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung als Querschnittsthema durch die Entwicklungszusammenarbeit mit den betreffenden Ländern. Nicht

PRESSMITTEILUNG



Gabriela Heinrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227-75844

 (030) 227-76844

gabriela.heinrich@bundestag.de

zuletzt müssen patriarchalische Denk- und Gesellschaftsstrukturen verändert werden, denn Genitalverstümmelung ist der Versuch einer patriarchalen Kontrolle der weiblichen Sexualität.

Durch Migration sind auch Mädchen in Deutschland gefährdet, Opfer von Genitalverstümmelung zu werden. Genitalverstümmelung ist bei uns schon ein eigener Straftatbestand, aber wir müssen mehr in die Prävention und die Opferhilfe investieren. Wir müssen neue Wege beschreiten, indem wir auch mit religiösen Autoritäten zusammenarbeiten. Zum Beispiel hat eine Fatwa in Mauretanien die Genitalverstümmelung als unislamisch gebrandmarkt und verboten. Dieses Gutachten islamischer Rechtsgelehrter muss auch in Deutschland verbreitet werden.“

PRESSMITTEILUNG